79-95

In: Nakath, Detlef / Telkämper, Wilfried (Hrsg.): Europa in Debatte.

Für eine Erneuerung des Kapitalismus

Hartmut Elsenhans

Einige Feststellungen gleich zu Beginn:

1. In der Eurokrise geht es nicht darum, wer die Schulden bezahlt, die die schwächeren Wirtschaften der Eurozone aufgenommen haben; die „Reichen" müssen es tun, selbst wenn sie Deflationspolitiken verordnen.

2. Die Krise ist Folge von Steuerungsproblemen, von denen die führenden Wirtschaften profitierten.

3. Das bisherige Modell ist gescheitert. Die Lösung liegt nicht in mehr Austerität und Sparen, sondern in der Erweiterung der Nachfrage. Nur eine keynesianische Position, welche die reale Wirtschaft und die Bedeutung der Massennachfrage für den Profit in den Vordergrund stellt, ist geeignet, den für die Weiterführung des europäischen Projekts notwendigen Wandel der Wirtschaftspolitiken zu begleiten; nur sie kann der Rahmen für eine Konzertierung der Mitgliedsländer sein. Die Eurokrise ist eine Chance, auf dem Weg eines integrierten und dann auch sozialen Europas voranzukommen.

Damit Letzteres geschehen kann, müssen wir uns allerdings von lieb gewonnenen Vorstellungen trennen, die schon immer falsch waren. Dazu gehört die Auffassung, Geld mache reich. Volkswirtschaften können langfristig nicht mehr konsumieren, als ihre reale Wirtschaft erbringt, völlig unabhängig vom Geld, über das sie verfügen. Wenn Geld kein Wert ist, kann volkswirtschaftlich auch nicht gespart werden. Sparen ist keine Tugend mehr, wenn alle es tun können. Sparen ist eine Bedrohung für Arbeitsplätze. Dass Geld kein Wert ist und Sparen keinen Wert schafft – dagegen werden sich diejenigen wenden, die über hohe finanzielle Ressourcen verfügen. Die Gesamtheit der Geldkapitalbestände in Deutschland ist heute nach Abzug der

Verbindlichkeiten der privaten Haushalte über eineinhalbmal (170 Prozent) so groß wie die jährliche Wirtschaftsleistung (Volkseinkommen). Ihre Wertlosigkeit würde deutlich, wenn man alles Geld umwandelte in Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen: Die Wirtschaft könnte nicht eineinhalbmal so viel zusätzlich produzieren wie in einem Normaljahr. Inflation oder massive Importe wären die Folge. Dem Geld stehen also keine „echten" Werte gegenüber. Entscheidend ist deshalb die reale Wirtschaft, sie muss belebt werden. Das kann jedoch nur gelingen, wenn wir begreifen, dass Wohlstand erarbeitet werden muss und nicht aus Geld entsteht.

Geldschöpfung ist die Aufgabe des Bankensystems. Lange vor dem Kapitalismus – schon im Mittelalter und, wie wir heute wissen, nicht allein in Europa, sondern in vielen Weltregionen, in denen sich der Kapitalismus erst im 20. Jahrhundert etablierte – wurde Geld „geschöpft". Der Grund dafür ist sehr einfach: Wer einen Kunden für die „Früchte seiner Arbeit" gefunden hat, besitzt nicht schon automatisch das Geld, um die Produktion zu finanzieren. Wer Kleider verkaufen will, braucht Stoff, zur Herstellung des Stoffes Fasern und Arbeitskräfte. Er erhält sein Geld jedoch erst, wenn er die Güter liefern kann. Folglich braucht er Kredit. Es bedarf keiner wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung, damit Produzenten erkennen können, dass es in ihrem Interesse ist, sich gegenseitig Kredite zu geben.

Die einfachste Form des Kredites ist der Wechsel. Der Kreditnehmer unterschreibt einen Schuldschein, auf dem er zusichert, zu einem bestimmten Zeitpunkt einen bestimmten Betrag zu bezahlen. Er erhält aber heute schon das Geld, sofern er vertrauenswürdig ist. Allerdings werden die Geldgeber für das Warten einen Abschlag, den Diskont, verrechnen. Der Diskont hängt letztlich vom Vertrauen und in einer entwickelten Kreditwirtschaft vom Zinssatz ab, zu dem andere Geldverleiher, zum Beispiel Banken, dem Gläubiger des Wechsels Geld leihen, sollte er selbst Zahlungsprobleme haben.

Geld wird also nicht gebraucht, um Investitionen durchzuführen. Man benötigt vielmehr Produktionsfaktoren, die nicht anderweitig gebunden sind. Mit Geld werden Produktionsfaktoren nachgefragt,

mobilisiert, sozusagen aufgerufen für die Produktion. Geld hat eine wichtige Steuerungsfunktion, so wie das Lenkrad im Auto. Deshalb würde aber niemand Lenkräder als Laufräder montieren. Sind keine Produktionsfaktoren frei, können sich Investoren, die sich von Investitionen hohe Gewinne versprechen, Geld durch Bankkredite verschaffen und Produktionsfaktoren nachfragen, indem sie diese von anderen Verwendungen abwerben. Dazu bieten sie höhere Preise. Dies würde sich normalerweise in Inflation niederschlagen. Wir hatten aber in der Eurozone keine Inflation. Wir hatten nicht mehr Nachfrage, als wir an Produktionsfaktoren hatten. Wir lebten also nicht über unsere Verhältnisse, weil diese von unserem Produktionspotenzial, nicht aber den Geldvermögen einzelner Akteure abhängen. Bei Preisstabilität ist der Satz, eine Gesellschaft habe über ihre Verhältnisse gelebt, unsinnig. Denkbar ist nur, dass einzelne Akteure in dieser Gesellschaft mehr ausgaben, als sie im Wirtschaftskreislauf einnahmen, während gleichzeitig im Fall stabiler Preise spiegelbildlich dazu Akteure mehr Geld einnahmen, als sie auszugeben bereit waren.

Wenn ein Staat sich verschuldet hat, war seine Nachfrage größer als seine Einnahmen. Wenn dabei die Preise stabil blieben, trug er offenbar nicht zu einer Überhitzung der Wirtschaft bei. Sofern er seine zusätzliche Nachfrage nicht durch zusätzliche Steuern, sondern durch Kreditaufnahme finanzierte, hinderte er auch nicht andere Akteure daran, ihr eigenes Geld für Güter und Dienstleistungen auszugeben, für die sie bezahlen wollten. Nur, wenn er durch seine Kreditaufnahme die Zinsen in die Höhe trieb, benachteiligte er andere bei der Finanzierung von Ausgaben. Dafür gibt es im letzten Jahrzehnt aber keine Anhaltspunkte. Der Staat hat also nur Produktionsfaktoren für die Produktion mobilisiert oder eingesetzt, die sonst nicht verwendet worden wären. Arbeitszeit, die nicht eingesetzt wird, ist unwiederbringlich verloren – so nutzlos wie die Landebahn hinter einem aufsetzenden Flugzeug. Der klassische Fall einer übermäßigen Nachfrage des Staates nach Gütern und Dienstleistungen sind die hohen Staatsausgaben in Kriegszeiten. Sie führen regelmäßig zu Inflation – und zwar bei Siegern und Besiegten. Aber auch eine solche Inflation war während des Anstiegs der staatlichen Schulden in den letzten Jahrzehnten nicht zu beobachten. Der

Staat mobilisierte durch seine Kreditaufnahme sonst überflüssige, also *nicht knappe* Produktionsfaktoren. Er vermied so den Verlust an wertschöpfender Arbeit, der dadurch drohte, dass im Verhältnis zu ihren Einkommen andere Akteure zu wenig nachgefragt hatten.

Hohe Staatsschulden sind also Folge eines Missverhältnisses zwischen Einkommensverteilung und Produktionsmöglichkeiten einer kapitalistischen Wirtschaft: Wer Einkommen erhielt, hatte keinen Bedarf, und wer nachfragte, hatte zu wenig Einkommen. Bei den „Reichen" ist offensichtlich, dass sie nach Vermögenstiteln, also geldwerten Forderungen wie Aktien oder anderen an Börsen gehandelten Wertpapieren, nachfragen. Sie wollen keine Güter, bei deren Herstellung Beschäftigung entsteht, sondern Ansprüche auf zukünftige Güter, die derzeit gar nicht produziert werden sollen. Dies schafft aber keine Arbeitsplätze.

In Deutschland spart die Masse der Haushalte, selbst die Rentner. Heutige neue Ersparnisse stecken aber in den Kosten der Produktion heutiger Güter. Preise sind nur dann kostendeckend, wenn dadurch auch die zum Sparen verwendeten Anteile der Haushaltseinkommen bezahlt werden können. Es werden also Einkommen bezahlt, die nicht zur Nachfrage werden, wodurch sich die Absatzbedingungen verschlechtern. Wir leben somit nicht über unsere Verhältnisse, sondern *unter* unseren Verhältnissen. Durch Konsumenthaltung heute können keine Anrechte auf Konsum morgen erworben werden. Dies kann nur dann geschehen, wenn sich heute andere Wirtschaftsakteure verschulden. Sobald alle Haushalte sparen, stehen den Ersparnissen in der Zukunft keine gleichwertigen Verpflichtungen Dritter gegenüber. Beim aktuellen Einkommensniveau ist nicht damit zu rechnen, dass viele Haushalte bereit sind, sich zu verschulden. Der gegenwärtige technische Fortschritt ist nicht kapitalintensiv. Das Verhältnis zwischen Investitionen in Ausrüstungen und der zusätzlichen Produktion ist eher stabil. Die mikroelektronische Revolution spart Kapital. Die Unternehmen finanzieren sich zunehmend (inzwischen über drei Viertel) aus Abschreibungen. Ihr Finanzierungsbedarf ist daher klein und ihre Schuldenaufnahme auf Kapitalmärkten begrenzt, während sich die Ersparnisse der privaten Haushalte vergrößern.

Ein Mangel an Nachfrage im Verhältnis zu den ausbezahlten Einkommen kann im Wesentlichen auf zweierlei Art ausgeglichen werden:

1. Eine hoch wettbewerbsfähige Wirtschaft kann den Export von Gütern und Dienstleistungen steigern, ohne dabei gleichzeitig die eigenen Importe zu erhöhen. Das haben Rosa Luxemburg als Marxistin und John Hobson als Sozialreformer als Imperialismus angesehen. In diesem Sinne ist die Bundesrepublik Deutschland heute ein imperialistisches Land. Die Demonstranten im Süden Europas haben also durchaus Grund zu Protest. Sich als Wohltäter zu sehen ist für Imperialisten nicht neu. Frankreich stellte seine Kolonialarmeen als Pioniere des Fortschritts, England die seinigen als Garanten der rechtsstaatlichen Ordnung dar.

2. Wer keine Exportüberschüsse erzielen kann, muss die unzureichende private Nachfrage durch Staatsausgaben ausgleichen, soll Arbeitslosigkeit verhindert werden.

Die Exportüberschüsse Deutschlands haben folglich als Gegenstück die Staatsschulden der schwächeren Mitglieder der Europäischen Union: Deutschland wurde vor einer Rezession bewahrt, weil die anderen, vor allem schwächeren Mitgliedsländer der Eurozone bereit waren, Schulden zu machen. Sie wären nicht angefallen, wenn die Wirtschaften des Südens hätten abwerten können. Weil die schwächeren Wirtschaften statt Exporten die Staatsschulden zur Sicherung von Beschäftigung nutzten, sehen viele in Deutschland in der fehlenden Wettbewerbsfähigkeit der Südländer die Ursache der Krise und führen diese wiederum auf fehlende Leistungsbereitschaft der dortigen Arbeitnehmer zurück. Für die Fähigkeit zu exportieren, spielt die Produktivität allerdings keine große Rolle.

Die Gegner des Euro haben recht damit, dass die Wettbewerbsfähigkeit letztlich vom Wechselkurs abhinge. Eine Wirtschaft, die nichts besser kann als eine andere, kann zumindest einige Produkte an die überlegene Wirtschaft verkaufen. Das vergleichsweise rückständige China, das seine Exportoffensive vor 30 Jahren startete, konnte dem Westen viel verkaufen, so viel, dass dort plötzlich die Angst

vor den „billigen Arbeitsbienen" in China geschürt wurde – wie schon in den 1920er-Jahren in Japan und nach 1945 in Deutschland. Rückständige Länder können wettbewerbsfähig sein. Man ist konkurrenzfähig nicht aufgrund technischer Überlegenheit, sondern aufgrund der relativ geringeren Rückständigkeit. Man spezialisiert sich nicht wegen *absoluter* Kostenvorteile (ein wenig sinnvoller Begriff), sondern wegen *komparativer* Kostenvorteile. Deutschland hat die internationale Wettbewerbsfähigkeit bei vielen modernen Produkten nicht deshalb nicht erreicht, weil es im Bereich der Produktivität zurückgelegen hätte, sondern weil es so viel an „alten" Produkten verdiente und verdient – bspw. Autos von Mercedes –, dass wegen des hohen Wechselkurses die Herstellung technisch anspruchsvollerer Produkte in Deutschland zu teuer war und ist.

Kosteneffizienz bei Produkten, bei denen eine Wirtschaft komparative Vorteile hat (also relativ gesehen weniger zurückliegt als bei anderen Produkten), wird durch niedrige internationale Arbeitskosten erreicht. Dieses Argument müsste allen deutschen Arbeitnehmern klar sein, wird ihnen doch regelmäßig damit gedroht, ihre Arbeitsplätze in Regionen auszulagern, in denen Beschäftigte nur ein Fünfzigstel ihres eigenen Lohns verdienen. Jeder Arbeiter in Deutschland muss einsehen, dass er mit einem Fünfzigstel seines Lohnes nicht überleben könnte – und deshalb auch kein anderer. Die Reallöhne sind dann auch nicht bei einem Fünfzigstel, sondern sehr viel höher, und zwar deshalb, weil viele Güter woanders sehr viel billiger als in Deutschland sind.

Die Weigerung Deutschlands, die Schulden der Krisenländer zu vergemeinschaften oder diesen Staaten durch Steigerung der deutschen Binnennachfrage das Aufholen zu ermöglichen, lässt sich mit Blick auf die Geschichte verstehen: Seit den 1920er-Jahren und auch in der nationalsozialistischen Konjunktur war Deutschland arm an Devisen. Zunächst spielten die Reparationen eine Rolle, dann die Politik eines hohen Wechselkurses (und nicht die nationalsozialistische Verschuldungspolitik), welche die deutsche Wirtschaft unter den Nationalsozialisten genauso schädigte, wie hohe Wechselkurse dies heute im Süden Europas tun. Hinzu kommt, dass die Kernsektoren des außenwirtschaftlichen Erfolgs Deutschlands heute wenig

von Preisen beeinflusst sind. Deutsche Maschinen werden abhängig von der Konjunktur in der Weltwirtschaft gekauft – nicht aber, weil sie billig sind. Preissenkungen führen nicht zu vergleichsweise hohen Steigerungen der Mengen. Deutschland ist also besonders empfänglich für das von Marxisten und Merkantilisten vorgetragene Argument, Exportüberschüsse förderten Wachstum. Die heute führende Weltwirtschaft, die USA, hat sich ohne starke Stellung ihrer Exporte entwickelt. Die USA waren bis 1913 – also bis zu dem Zeitpunkt, zu dem sie führende Weltwirtschaft auch im Bereich der industriellen *Produktion* wurden – besonders bei industriellen *Exporten* schwach. Entscheidend ist folglich nicht die äußere Nachfrage, sondern die Nachfrage *insgesamt*, im US-amerikanischen Fall allgemein anerkannt die *Massen*nachfrage.

Die deutschen Exportüberschüsse nützen dauerhaft nur einer kleinen Zahl von an Geldanhäufung (und nicht an Wirtschaftswachstum) interessierten Gruppen, für die sich seit dem sozialdemokratischen deutschen Finanzminister Rudolf Hilferding[1] der Begriff des „Finanzkapitals“ eingebürgert hat. Die Exportüberschüsse verhindern bei Nachfrageschwäche den gerade von den Altliberalen wie Hayek erwarteten Verfall der Güterpreise.[2] Die Unternehmen können weiter hohe Margen erzielen, haben aber für die dadurch generierten Einkommen keine ausreichenden Anlagemöglichkeiten. In der Krise müssten in einer liberalen, nicht von Machtinteressen geprägten Wirtschaft also vor allem die hohen Einkommen fallen. Politisch wirkt dem in Deutschland entgegen, dass es den Privilegierten gelungen ist, der breiten Bevölkerung einzureden, dass möglichst große Ungleichheit Wachstum schaffe. Dafür gibt es nicht einmal in der deutschen Geschichte einen Beleg. Die unmittelbaren Nachkriegsjahre waren durch Angleichung der Einkommen gekennzeichnet. Eine statistische Analyse der Zeitreihen von Einkommensungleichheiten und der Wachstumsraten würde ergeben, dass die Zeiten stärkerer Lohnungleichheit in diesem Lande auch die Zeiten begrenzten Wachstums waren. Dass ungleiche Verteilung eine Quelle von Wachstum sei – dafür

1 Vgl. Hilferding, Rudolf: Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus [1909]. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M. 1968.

2 Vgl. Hayek, Friedrich A. von: The Pure Theory of Capital. University of Chicago Press, Chicago 1941, S. 34.

gibt es auch keine theoretische Begründung. Es ist die Illusion des Rentiers, zu glauben, dass Investitionen von der Verfügbarkeit von Geld abhingen. Nie war weniger Geld in den Händen der Reichen als in den ersten Nachkriegsjahren. Dies wurde auch durch die Hilfe des Marshallplans nicht nachhaltig ausgeglichen. In seiner Kritik am Wachstumsmodell von Karl Marx hat Bortkiewicz vor über 100 Jahren gezeigt,[3] dass Investitionen sich selbst finanzieren, weil unter kapitalistischen Bedingungen – anders im realen Sozialismus der DDR – nur solche Investitionen ohne Strafe des Verlusts an Wettbewerbsfähigkeit getätigt werden können, welche die Stückkosten senken. Nur Lenin,[4] Marx, ein Teil der orthodox sowjetmarxistischen Intellektuellen[5] und die Banker behaupten das Gegenteil.

Der Umgang mit der Krise wird erschwert durch eine eigentlich für das Leben und politische Aktivität sehr angenehme Eigenschaft des Kapitalismus: Er funktioniert, selbst wenn die Herrschenden nicht verstehen, wie und warum. Es reicht, dass die Armen auf dem Arbeitsmarkt über Verhandlungsmacht verfügen, weil ihre Arbeit begehrt ist. Dazu muss Arbeitskraft knapp, also ein hoher Beschäftigungsstand erreicht sein. Der Konflikt zwischen Keynesianern und der Neoklassik beruht auf der Frage nach den Gründen der Knappheit. In der Neoklassik sind die Arbeitskräfte immer irgendwann knapp, vorausgesetzt, dass der Lohnsatz niedrig genug ist. Niedrige Löhne führen in der keynesianischen Theorie allerdings zum Rückgang der Nachfrage, sodass Arbeitskräfte selbst dann nicht nachgefragt werden, wenn sie extrem billig sind. Erst im Falle der Knappheit von Arbeitskräften wird eine wesentliche Voraussetzung für die Geltung der neoklassischen Lohntheorie erfüllt. Wenn Ar-

3 Vgl. Bortkiewicz, Ladislaus von: Wertrechnung und Preisrechnung im Marxschen System (3). In: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 25(2), 1907, S. 456.

4 Vgl. Lenin, Wladimir I.: Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland. Der Prozeß der Bildung des inneren Marktes für die Großindustrie [1899]. In: Lenin Werke 3. Dietz, Berlin 1972, S. 42.

5 Kritische Positionen zum sogenannten vorrangigen Wachstum der Abteilung 1 gab es vor allem in der ostdeutschen Wirtschaftswissenschaft: vgl. Bartl, Wilhelm / Luck, Herbert: Zu den Beziehungen zwischen den Investitionen und dem Wachstum des gesellschaftlichen Gesamtprodukts sowie des Nationaleinkommens. In: Wirtschaftswissenschaft 9(6), Juni 1961, S. 1477–1501; Drechsel, Eberhard / Langendorf, Gudrun: Zum Zusammenhang zwischen Steigerung der Arbeitsproduktivität und Wachstum der Fondsquote. In: Wirtschaftswissenschaft 19(7), Juli 1971, S. 974–994; Pieplow, Rolf: Das ökonomische Gesetz vom vorrangigen Wachstum der Produktion von Produktionsmitteln und der technische Fortschritt. In: *Wirtschaftswissenschaft* 8(2), Februar 1960, S. 196–213.

beit knapp ist, führt mehr Nachfrage vonseiten der Unternehmen zu höheren Preisen von Arbeit, also zu höheren Löhnen. Der Preis für Arbeit steigt so lange, bis angesichts der Absatzbedingungen und der Produktionskosten die Kosten von zusätzlichen Arbeitskräften das Grenzprodukt von Arbeit (den zusätzlichen Erlös, der mit der Beschäftigung dieser Arbeitskraft erzielt werden kann) nicht übersteigen. Wenn Arbeitskräfte aber reichlich vorhanden sind, gibt es keinerlei Anlass für die Unternehmer, zusätzliche Arbeitskräfte mit dem Instrument des Angebots höherer Löhne anzulocken. Die Löhne steigen also nicht automatisch mit der Produktivität, sondern nur dann, wenn die Arbeitskräfte knapp sind.

Eine Variante der neoklassischen Lohntheorie hat dieses Argument insofern umgedreht, als dass behauptet wird, dass zum Beispiel in Deutschland in den letzten Jahren nur die Produktivität der beschäftigten Arbeitskräfte gestiegen sei, nicht aber die Produktivität der Arbeitslosen. Sie sprechen von „Entlassungsproduktivität": Die Produktivität sei nur gestiegen, weil die niedrige Produktivität der Arbeitslosen nicht in den Durchschnitt einbezogen worden sei. Für den Zuwachs von Gütern im Verhältnis zum Anstieg der Nachfrage nach Konsumgütern aus Lohneinkommen ist die Produktivität der nicht Beschäftigten jedoch völlig unerheblich. Allein schon wegen der steigenden Produktivität der Beschäftigten ist auch das Güterangebot gestiegen und damit das Produktionspotenzial. Wenn dann die Löhne der Beschäftigten nicht steigen, muss die Nachfrage im Verhältnis zum Produktionspotenzial abnehmen. Das ist ein wichtiger Grund für die zunehmende Verschlechterung der Konjunktur.

Selbstverständlich kann sich unter diesen Voraussetzungen auch der kapitalistische Profit nicht entfalten. Er ist nämlich Folge der Ausgaben für Investitionsgüter, kein Restbetrag zwischen Produktionskosten und Absatz. Wenn nur wenige Arbeiter in der Investitionsgüterindustrie beschäftigt werden, ist die Nachfrage nach Konsumgütern aus Lohneinkommen, die nicht in der Konsumgüterproduktion erzielt wurden und damit Kosten dieser sind, niedrig. Genau diese Nachfrage aus Lohneinkommen außerhalb der Konsumgüterindustrie (und außerhalb des Staatssektors, weil diese aus Steuern bezahlt wurde, die als Kosten auf die Produktion auf-

geschlagen wurden)[6] generiert jedoch den Profit. Fehlende Profite sind also nicht *Ursache* von Wachstumseinbrüchen, sondern deren *Folge*. Niedrige Ressourcen der Unternehmer aufgrund zu hoher Lohnkosten sind dagegen ein Merkmal einer vorkapitalistischen, durch politische Macht geprägten Wirtschaft. Dass Unternehmer gleichwohl dieses Argument häufig anbringen, zeigt, dass sie im Grunde von einer vorkapitalistischen Wirtschaft träumen, in der ihre Einkommen vor Wettbewerb durch andere gesichert sind.

Steigende Masseneinkommen können den Profit nicht gefährden. Gesteigerter Konsum findet seine Schranke in den Produktionsmöglichkeiten für Konsumgüter. Sind für diese Kapazitäten die Lohneinkommen zu hoch, kommt es zu Preissteigerungen, dem sogenannten „Zwangssparen". Sofern Lohnsteigerungen der Arbeitnehmer inflationäre Tendenzen auslösen, gefährden sie die schon angesammelten Geldvermögen, also die Vermögenswerte des am wenigsten innovativen Teils der Privilegierten.

Außenwirtschaftlich können hohe Löhne die Wettbewerbsfähigkeit nicht gefährden; sie würden einfach zu Abwertungen führen, die wiederum so lange andauerten, bis Wettbewerbsfähigkeit erreicht ist. Derzeit leidet die europäische Wirtschaft unter einem sehr hohen Eurokurs. Er wird mit verursacht durch die deutsche Wettbewerbsfähigkeit. Der Eurokurs ist für viele andere Mitgliedsländer einfach zu hoch, sie können nicht exportieren. Lohnsteigerungen in Deutschland wären ein Segen für den Zusammenhalt der Eurozone; dieser Sachverhalt ist so evident, dass selbst die konservative Regierung vorsichtige Zustimmung signalisiert.

Es gibt also Alternativen, die jenseits des derzeitigen „Kaputtsparens" der europäischen Wirtschaften liegen. Sie entsprechen den Interessen des Großteils der deutschen Bevölkerung, weshalb dieser von den Gegnern solcher Optionen mit Horrorszenarien über den Verlust ihres eigenen Wohlstandes durch die „schlimmen Schuldenländer" des Südens erschreckt wird. Solange allerdings in der Krise vor allem eine Möglichkeit gesehen wird, der alten Kapitalismuskritik der

6 Zu den theoretischen Grundlagen vgl. Elsenhans, Hartmut: Kapitalismus global. Aufstieg – Grenzen – Risiken. Kohlhammer, Stuttgart 2012, S. 3–24, 227–230.

„68er" wieder Geltung zu verschaffen, wird das Ergebnis nicht anders als im 20. Jahrhundert sein: Die Masse der „Lohnabhängigen" sieht im Markt eine Chance der Begrenzung der Macht der „Oberen" und will keine primär politisch verfasste und damit permanent von Oligarchisierung bedrohte Gesellschaft. Man muss den Kapitalismus für den „gemeinen Bürger" vor den Kapitalisten retten.

Zur Skepsis bezüglich der Zukunft des Euro gibt es wenig Anlass. Die derzeitigen Führungsgruppen der deutschen Politik werden sich hüten, die Eurozone zu verlassen – die politischen Folgen wären nicht kalkulierbar. Auch wirtschaftlich gibt es die Alternative der Rückkehr zur Situation vor der Einführung der Gemeinschaftswährung nicht. Der Euro war nicht nur aus politischen Gründen des Zusammenhalts Europas eingeführt worden. Ohne gemeinsame Währung würden bei freiem Kapitalverkehr lokale Ersparnisse in den wirtschaftlich schwächeren Ländern nur dann für die lokale Wirtschaft verfügbar bleiben, wenn die Zinsen über den deutschen Zinsen lägen. Sie müssten so hoch sein, dass der Unterschied die Verluste aus erwarteten Abwertungen ausgleichen würde. Bei freiem Kapitalverkehr käme dies einer Strangulierung der schwächeren Wirtschaften der Gemeinschaft gleich. Wer heute den Austritt aus dem Euro fordert, muss auch das Ende des gemeinsamen Kapitalmarkts fordern. Es geht nicht um eine Verlangsamung des Integrationsprozesses, wie manche glauben machen möchten, sondern um eine Umkehrung. Europa würde eine Freihandelszone, in der dann auch staatliche Industriepolitik von den einzelnen Regierungen zur Förderung der Innovationssektoren betrieben werden würde. Das führte zwangsläufig zur Rückkehr nationalstaatlicher Rivalität.

Der Ausstieg der Bundesrepublik aus dem Euro würde zur Aufwertung der neuen nationalen Währung führen, mit der die deutschen Exportmöglichkeiten abnähmen. Dies scheint eine insgesamt positiv einzuschätzende Perspektive, die aber durch eine Ausweitung der deutschen Binnennachfrage kompensiert werden müsste, soll Arbeitslosigkeit vermieden werden. Doch würde allein schon die Erwartung der Aufwertung der nationalen Währung zu hohen Kapitalzuflüssen führen. Kein Staat weiß besser, wie gefährlich das ist,

als ein bei Einwerbung von Auslandskapital so erfolgreiches Land wie die Schweiz: Sie hat sich Instrumente verschafft, um zufließendes Auslandskapital abzuwehren, weil diese Zuflüsse zusätzlich zu den schon durch die reale Wirtschaft ausgelösten Steigerungen der Währungsparität weitere Aufwertungen verursachen. Der Verzicht auf den Euro würde nur dann ohne deutsche Krise erfolgen, wenn hier genau das einträte, was heute zur Rettung des Euros erforderlich wäre, nämlich eine Ausweitung des deutschen Binnenmarktes durch steigende Realeinkommen der Arbeitnehmer, um anderen Wirtschaften das Aufholen zu ermöglichen.

Weil ein Austritt Deutschlands aus der Währungsunion unwahrscheinlich ist und die Defizitländer schon erreicht haben, dass sie mit ihren Problemen nicht allein gelassen werden, bleibt nur der Weg in eine Vertiefung der europäischen Integration. Diese Intensivierung geht in Richtung eines Nachfragemanagements, das zunächst an der Kreditversorgung und damit der Regulierung der Banken ansetzt. Es entstehen Strukturen, die als Anfänge einer Finanzregierung auf der Ebene der Europäischen Union zu sehen sind. Will Deutschland in diesem Bereich seine Interessen wahren, muss es beim Aufbau dieser Strukturen mitarbeiten und dazu auch die entsprechenden finanziellen Leistungen erbringen. Sie sind in dieser Phase das deutsche Eintrittsticket zur Vertiefung der europäischen Integration. Wie wichtig die EU-Mitgliedschaft als Hebel zur Beteiligung an Entscheidungsprozessen ist, zeigt sich derzeit an Großbritannien: Das Land würde gern austreten, sieht aber, dass es sich mit seiner Politik der Sonderrechte immer weiter aus den für die zukünftige Struktur der Europäischen Union wichtigen Entscheidungsprozessen ausschließt.

Bleibt das Argument, dass bei den Verträgen zum Euro eine Transferunion ausdrücklich ausgeschlossen wurde, was die gesamte Erfahrung des europäischen Einigungsprozesses vom Tisch wischt. Dieser Prozess wurde stets mit Verträgen vorangetrieben, die den Ängsten bezüglich der europäischen Einigung nur oberflächlich und formal Rechnung trugen, indem sie im Regelfall erwartbar unwirksame Bestimmungen enthielten, die ein Überborden des Einigungsprozesses zulasten der nationalstaatlichen Interessen ver-

hindern sollten. Alle europäischen Verträge waren deshalb so konstruiert, dass sie den absehbar auftretenden Widersprüchen bei der Vertiefung der Integration nicht Rechnung trugen. Man ging davon aus, dass der politische Konsens unter den europäischen Eliten zur Folge haben musste, dass beim Auftreten dieser Schwierigkeiten sich alle beteiligten Partner für die gemeinschaftsfreundlichste Lösung entscheiden würden. Die Archive werden sicher zutage fördern, dass Kanzler Kohl und Präsident Mitterrand durchaus die Einwände gegen den Euro wahrgenommen hatten. Im Gegensatz zu den damaligen eurofeindlichen Professoren, Bundesbankpräsidenten und anderen Spezialisten gingen sie jedoch davon aus, dass gerade diese Widersprüche mit ihrem Auftreten der europäischen Integration einen neuen Impuls geben würden. Das jetzt politisch zu realisieren, ist die aktuelle Herausforderung.

Kapitalismus beruht auf der Hoffnung des Einzelnen, durch das eigene wirtschaftliche Handeln wohlhabender zu werden. In der kapitalistischen Wirtschaft gibt es allerdings Grenzen für die Anhäufung von Reichtum. Der Wert der Produktionsmittel hängt von der Produktionsmenge ab, die verkauft werden kann. Anlagen, die für das angesichts der Marktdaten anvisierte Produktionsvolumen nicht benötigt werden, sind wertlos. Werden diejenigen, die nach Anlagemöglichkeiten suchen, reicher als das Volumen von Vermögensbeständen, werden sie auf Alternativen ausweichen. Dazu gehören Land, das irgendwann später genutzt werden könnte, aber auch Werte, die nur so lange zu hohen Preisen verkauft werden können, wie auch andere Vermögende hohe Vermögensbestände haben; dies erklärt die Spekulation mit Weinkellern oder Kunstgegenständen. Diese Dinge haben aber keinen Wert auf einem kapitalistischen Markt, auf dem unter Bedingungen vollständiger Konkurrenz relativ homogene, jederzeit reproduzierbare Waren gehandelt werden können. Für den Preis der Produkte spielen Überlegungen wie der Anschein, das Prestige, irrationale Gefühle und vieles mehr eine Rolle, die Adam Smith schon am Beispiel der rückständigen und zu Innovation unfähigen Grundbesitzer beschrieben hat. Die Gier nach Reichtum ist vorkapitalistisch. Sie nicht zu befriedigen, behindert den kapitalistischen Wachstumsprozess nicht.

Zu Alternativen werden auch die Anlagemöglichkeiten auf den Finanzmärkten, sobald diese über das Maß hinaus wachsen, das für die Finanzierung der realen Wirtschaft nötig ist. Der Preis dieser Produkte richtet sich genauso wie der Preis von spekulativ angelegten Weinkellern nach der Finanzausstattung anderer Privilegierter, die in der Hoffnung auf weiteren Gewinn spekulativ ihr Geld in solche Assets investieren. Durch das Wachstum der Finanzmärkte entstehen jedoch keine Werte. Typischerweise hat kein Land, das einen Krieg vorbereitete und dafür Reserven anhäufen wollte, je auf die Ausweitung der eigenen Finanzmärkte gesetzt. Wäre es anders gewesen, hätten unsere heutigen Spekulanten sicher diese Fälle ins Feld geführt, um ihre Gier nach mehr Geld zu rechtfertigen. Anlagen auf Finanzmärkten sind genau so wenig Werte wie Geld selbst.

Die Kontroverse lässt sich auf eine knappe Fragestellung reduzieren: Ist gesellschaftlicher Reichtum das Ergebnis von Arbeit oder von Geld? Diejenigen, die die Nachkriegszeit erlebt haben, wissen, dass Wohlstand nur das Ergebnis von Arbeit ist. (Die Erdölländer zeigen im Umkehrschluss denselben Befund: Sie haben Geld, können aber ihre Arbeit nicht mobilisieren.) Der Wohlstand wächst in dem Maß, wie Arbeit produktiver wird, nicht aber in dem Maß, wie Geld geschöpft wird. Die *reale Ökonomie* muss Vorrang haben, wenn Zweck des Wirtschaftens der allgemeine Wohlstand ist. *Finanzanlagen* müssen Priorität haben, wenn Zweck des Wirtschaftens die Vergrößerung des Abstands zwischen „oben“ und „unten“ ist. Die zunehmende Dominanz der Finanzmärkte über die reale Wirtschaft widerspricht dem Gleichheitsgrundsatz aller westlichen Verfassungen. Folglich ist es legitim, in die Herrschaft der Finanzmärkte einzugreifen. Die Bewahrung des durch Abschöpfung und Spekulation entstandenen Geldvolumens kann kein rechtmäßiges Ziel eines von den Steuern der arbeitenden Bevölkerung abhängigen Staatswesens sein.

Nach dem Gesagten stehen folgende Aufgaben im Mittelpunkt:

› Die Wiederherstellung des Profits: Die beiden Einschränkungen wurden genannt (zu wenig Investitionen und Sparen der privaten Haushalte). Die Instrumente zur Erreichung dieses Ziels sind re-

lativ einfach: Rückkehr zu mehr Wachstum über steigende Masseneinkommen und Zukunftssicherung ohne derzeitiges Sparen, also über Umlagesysteme.

› Faire Wachstumschancen für alle: Ähnlich wie die westlichen Industrieländer regelmäßig versprechen, sich nicht durch Wechselkursmanipulationen Wettbewerbsvorteile zu verschaffen, muss gelten, dass dies auch keines der europäischen Länder durch Lohndumping tut. Nominallohn*steigerungen* in den sich rasch entwickelnden Staaten sind politisch leichter durchzuführen, als Nominallohn*senkungen* in den schwächeren. Reallohnsteigerungen in Deutschland sind daher ein wichtiges Instrument für Wachstumsimpulse innerhalb der Eurozone.

› Die Eurozone benötigt ein Management der Nachfrage: Die führenden Wirtschaften haben von der Verschuldungsbereitschaft der schwächeren profitiert, denn dort sind Märkte für ihre Produkte entstanden. Zur Überwindung der Krise müssen „die Stärkeren" nicht nur den eigenen Binnenmarkt durch steigende Reallöhne erweitern, sondern sich an den Schulden beteiligen, die zur Erweiterung ihrer äußeren Märkte aufgenommen wurden. Moralisch ist durchaus vertretbar, dass die führenden Länder auf diese Weise an der Tilgung der Schulden der schwächeren beteiligt werden, denn sie hatten darauf gesetzt, über die Verschuldungsbereitschaft dieser Wirtschaften die eigene Beschäftigung hochzuhalten. Ob ihre Regierungen zu uneinsichtig oder zu eigennützig waren, das zu erkennen, ist für ihre Mitverantwortung innerhalb der vom Mainstream deklarierten europäischen Sicherheitsgemeinschaft nicht relevant. Für die Durchsetzung eines solchen gemeinsamen Managements der Nachfrage innerhalb der Europäischen Union oder wenigstens der Eurozone schaffen die konservativen Regierungen Regulierungen, mit denen sie die Widerspenstigen unter den Euroländern zur Sparsamkeit zwingen wollen. Mit diesen Eingriffsmöglichkeiten lassen sich aber auch andere Politiken durchführen. Die Sparkoalition schafft heute die institutionellen Voraussetzungen für eine Möglichkeit, die die Gegner der Autoritätspolitik nur schwer gegen den Widerstand des Finanzkapitals hätten durchsetzen können.

Breite Koalitionen bis weit in die Mitte der Gesellschaft werden möglich, wenn die herrschende Angst vor allgemeinen Wohlstandsverlusten ersetzt wird durch das Aufzeigen der tatsächlichen Alternative: Sollen die aufgeblähten Geldvolumina heute durch allgemeine Inflation entwertet werden, wie es sich abzeichnet? Wäre es nicht besser, wenn durch eine einschneidende Besteuerung der Finanzsektoren und Garantien für die Ersparnisse der Masse der Haushalte, ähnlich der Zypernlösung, der Großteil der Sparer vor der Anpassung des Finanzvolumens an die Möglichkeiten der Realwirtschaft geschützt würde und die Kosten dieser Anpassung auf diejenigen abgewälzt würden, die effektiv von der Aufblähung der Finanzmärkte profitiert haben?

Das Projekt Europa, das so viele wegen seiner neoliberalen Ausrichtung und der demokratischen Lücke ablehnen, würde wesentlicher Bestandteil des Prozesses der Herausbildung einer europäischen Partei der Arbeit. Dazu müsste die europäische Linke manche lieb gewonnenen Vorstellungen über Bord werfen. Die „68er" interessierten sich kaum für eine komplexe Wirtschaft, sondern nur für die rechtgläubige „Rezeption" der marxschen Theorie. Sie wurden abgelöst von einer Generation, die von Ökonomie wenig hören wollte und für die – wie für die Neoliberalen – die Geldwirtschaft ein natürliches Phänomen war, das der Steuerung nur zur Korrektur sozialer Ungleichheit bedurfte. In der derzeitigen Kritik wachsender Ungleichheit und der Globalisierung sehe ich weniger Bemühen um die Beantwortung der Frage, wie Märkte effizienter gestaltet werden können, als um die Suche nach Bestätigung der eigenen emotionalen Ablehnung von Kapitalismus. Dagegen wollen aber breite Mehrheiten auch der unteren Einkommensschichten keine „alternative", sondern eine funktionierende wohlfahrtsstaatlich ausgestaltete kapitalistische Wirtschaft mit klarer Trennung von (entfremdeter) Arbeit und Freizeit.

Im Kern lässt sich alles zuspitzen auf die Frage: Wodurch entsteht Profit? Für eine keynesianische Position, wie sie hier vorgeschlagen wird, ist dazu das *empowerment* von Arbeit, die Ausweitung der Massennachfrage entscheidend. Profit und *empowerment* von Arbeit bedingen sich wechselseitig. Diese Position wird innerhalb

der Linken damit kämpfen müssen, dass Marxisten glauben, Profit entstehe als Abzug vom Lohn des Arbeiters. Diese marxistische Position wird von vielen unterstützt werden, die dies auch glauben, weil sie Profit für unmoralisch halten. Die meisten Arbeitnehmer wollen aber Marktwirtschaft statt Befehlswirtschaft und verzichten eher auf faire Verteilung, weil sie nicht sehen, dass diese eine Voraussetzung für das gute Funktionieren von Kapitalismus ist. Solange dies aber nicht verstanden wird, sind die Chancen groß, dass sich tragisch gebende Theoretiker begründen, warum die unfaire Verteilung das unausweichliche und bedauerliche Ergebnis der Marktwirtschaft sei, sodass eine Korrektur auch die Abschaffung der Marktwirtschaft erfordere. „Rechtgläubige" Marxisten stricken an dieser Meinung kräftig mit.